



Nr. 42. Mittag-Ausgabe.

Siebziger Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Sonnabend, den 25. Januar 1879.

## Deutschland.

### O. C. Landtags-Verhandlungen.

37. Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 24. Januar.

11 Uhr. Am Ministerialen Leonhardt, Friedenthal, Graf zu Eulenburg und mehrere Commissarien.

Auf der Tagesordnung steht die dritte Berathung von sieben Justiz-Ausführungsgezehen, deren Enblock-Annahme von vielen Seiten beantragt wird.

Abg. Witte (Schweidnitz) will der Enblock-Annahme nicht widersprechen, sondern nur den von ihm bei der zweiten Lesung gestellten, vom Hause aber, weil er auf einer irrtümlichen Auffassung beruhte, abgelehnten Antrag, betreffend die Sequestration rechtfertigen. Nach der Erklärung des Regierungsvertreters in zweiter Lesung wolle er auf seinem Antrage nicht bestehen, sondern er vindicire dieser Erklärung den Charakter einer authentischen und hoffe, daß in der Folge viele bisher vorgemommenen Missgriffe in diesen Angelegenheiten vermieden werden würden.

Das Haus genehmigt darauf in einer Abstimmung 1) die Staatsverträge mit verschiedenen Staaten über die Begründung von Gerichtsgemeinschaften, 2) den Entwurf einer Hinterlegungsordnung, 3) den Gesetzentwurf, betreffend die Ausführung der deutschen Civilprozeßordnung, 4) den Gesetzentwurf zur Ausführung der Concurs-Ordnung, 5) den Gesetzentwurf, betreffend die Übergangs-Bestimmungen zur deutschen Civil- und Strafprozeßordnung, 6) den Gesetzentwurf, betreffend die Zwangsvollstreckung in das unbestiegliche Vermögen und 7) den Gesetzentwurf, betreffend die Zwangsvollstreckung gegen Benefizialerben und das Aufgebot der Nachlaßgläubiger im Geltungsbereiche des Allgemeinen Landrechts.

Es folgt die erste und zweite Berathung des Staatsvertrages mit dem Fürstenthum Lippe, betreffend die Begründung einer Gerichtsgemeinschaft. Abg. Spannberg bedauert, daß es nicht gelungen sei, die Gerichtsgemeinschaft auch auf das Landgericht auszudehnen, sondern daß Lippe ein eigenes Landgericht habe, trotzdem ein großer Theil der Einwohner dem Anschluß an Preußen geneigt sei.

Abg. Köhler (Göttingen): Das Oberlandesgericht soll, soweit Lippe in Betracht kommt, die Bezeichnung führen, "Königlich preußisches Oberlandesgericht für das Fürstenthum Lippe." Ich befürchte, daß bei einem kleinen Verfehler in diesem Titel Nichtigkeiten der Entscheidung resultieren werden.

Geb. Justizrat Kindtseis: Man wird ein Versehen in diesem Titel nur als Schreibfehler betrachten und daraus die Nichtigkeit nicht folgern können. Die preußische Regierung war geneigt, ein gemeinschaftliches Landgericht mit Lippe mit dem Sitz in Hameln zu gründen; allein die Lippe'sche Regierung bestand aus Gründern, die sie vertreten mag, darauf, ein Landgericht in Detmold zu bilden. Preußen könnte sich also nur auf den Standpunkt der Regierung stellen. Uebrigens haben sich in Lippe selbst einige Stimmen für ein gemeinschaftliches Landgericht mit Preußen erhoben.

Das Haus genehmigt auch diesen Staatsvertrag.

Es folgt die zweite Berathung des Gesetzentwurfs, betreffend die Befähigung zum höheren Verwaltungsdienst.

§ 1 lautet: "Zur Erlangung der Befähigung für den höheren Verwaltungsdienst ist ein mindestens dreijähriges Studium der Rechte und Staatswissenschaften auf einer Universität und die Ablegung zweier Prüfungen erforderlich."

Abg. v. Ludwig beantragt, dem § 1 folgende Fassung zu geben: „Zur Erlangung der Befähigung für den höheren Verwaltungsdienst ist erforderlich 1) der Nachweis eines fittlichen mit den Vorschriften des befreitenden religiösen Bekenntnisses nicht derartig in Widerspruch stehenden Lebenswandels, daß derselbe zu öffentlichem Vergernis Anlaß bietet; 2) ein mindestens dreijähriges Studium u. s. w.“

Der Antragsteller weist darauf hin, daß nach der Statistik die Verbrechen im Amt vom Jahre 1871—1873 um 375 Prozent zugenommen hätten. Diese für jeden Patrioten sehr erschütternde Thatsache müsse zum Nachdenken darüber anregen, wie wir in diesen Zustand gekommen sind und wie es anzufangen sei, um den früheren handfesten und ehrenwerthen Beamtenstand wieder zu erhalten. Er wolle zwei Kategorien vom höheren Beamtenstand fernhalten, die heuchlerischen Betrüger (Heiterkeit) und die frivolen Religionspöster und Verächter ihres eigenen Glaubens. Die Ersteren, diese Wölfe in Schafskleidern, seien schwer zu erkennen; dazu würde ein tiefes Eindringen in die Privatverhältnisse erforderlich sein und das sei unmöglich. Aber der frivole Religionspöster, der unendliches Vergernis und großen Schaden anrichte, sei leicht zu erkennen. Vor Kurzem sei der einen Mitgliede des Hauses gekürmte Behauptung, daß Anträge oft nur deshalb abgelehnt würden, weil sie von einer gewissen Seite herriethen, widergesprochen worden. Wäre die Behauptung richtig, so hätte er als einsamer Wilder (Heiterkeit) wenig Aussichten auf Annahme seines Antrages, so aber hoffe er, daß das Haus ihn annehmen werde. Es sei ein großer Unterschied zwischen jetzt und früher bezüglich der Anforderungen an den höheren Beamten: während man früher neben dem Wissen auch auf die Moralität Wert gelegt habe, fordere man jetzt nichts als Wissen und wieder Wissen. (Abg. Richter-Hagen ruft: „Grundbesitz.“) Abg. v. Ludwig fährt fort: Ich kann Ihnen auch etwas vom Grundbesitz erzählen und dabei an die Nede anknüpfen, welche der Abg. Lasker neulich gehalten hat. Herr Lasker hat da gesagt, in der ritterlichen Zeit sei es schwierig gewesen, als jetzt, aber das wird ihm Niemand glauben. (Große Heiterkeit.) Jetzt gilt der Grundfaß: „Läßt dich spülen, läßt dich schmeißen raus, aber geh wieder hinein, wenn du kanfst verdienen Geld.“ (Unruhe.) Mein Antrag ist soweit gefaßt, daß er Niemanden verletzt und paßt sich genau dem Rahmen der Verfassung an, ich bitte daher, ihn anzunehmen.

Abg. Frhr. v. Schorlemers-Ust: Wenn ich auch überzeugt bin, daß der Antrag Ludwig aus einer guten Absicht herborgegangen ist, so muß ich doch in Abrede stellen, daß die in den Beamtenkreisen wahrgenommene Zunahme der Verbrechen sich auch auf die höheren Beamten bezieht. Trotz meiner oppositionellen Stellung zur Regierung muß ich anerkennen, daß wir uns gerade im höheren Dienst solcher Beamten erfreuen, die wegen ihrer Integrität unsere volle Achtung verdienen. Der Antrag paßt nicht in den Rahmen des vorliegenden Gesetzes. Der erste Passus desselben ist ein ganz schöner Satz, aber er wird immer Phrase bleiben, wenn nicht gleichzeitig Bestimmungen über das Glaubensbekenntnis aufgenommen werden. Nebst dies ist es sehr schwierig, zu entscheiden, wenn ein öffentliches Vergernis anfängt. Ich habe das Vertrauen zur Regierung, daß sie Beamte, an deren moralischer Führung ein Maß haftet, weder in höhere Stellen befördern, noch zu Landräthen ernennen wird, und empfehle, den Antrag abzulehnen.

Abg. Richter (Hagen): Das Gesetz wird so lange von geringer Bedeutung sein, als nicht die äußersten und inneren Voraussetzungen vorhanden sind, welche es den jungen Leuten ratsam erscheinen lassen, sich der Landrats-Carrière zuzuwenden. Bisher haben sich ihr viele Regierungsräthe zugewandt aus pecuniären Rücksichten, mit der in Aussicht genommenen Erhöhung der Gehälter der richterlichen Beamten wird sich das aber ändern, ferner wird die freie Advocatur eine große Zahl von Juristen der Anwaltschaft zuführen. Mir scheint es richtig, daß künftig die Regierungsräthe aus den Landräthen genommen werden, da das Amt der letzteren zur Vorbildung für den höheren Verwaltungsdienst sehr geeignet ist. Einem Verwaltungsbeamten muß sein ganzes Fachwissen nichts, wenn er nicht in dem Kreise, in dem er auf den Landrathsstellen reflectirt, Rittergutsbesitzer ist. Das Landratsamt wird künftig von solchen gefügt werden, die sich die Chancen sichern wollen, an einem größeren Orte ein Amt zu bekommen und von Solchen, die in höheren Verwaltungsstellen gute Bekannte und Verwandte haben und hoffen, daß ihre Talente hier weniger lange unentdeckt bleiben als im Justizdienst, wo sie diese Bekannten nicht haben; endlich von Solchen, die durch ihre besondere wissenschaftliche Rücksicht in Bezug auf Volkswirtschaft sich zur Verwaltung hingezogen fühlen. Aber gerade für solche wissenschaftlich eifige junge Leute ist der jetzt in der Verwaltung herrschende Geist am wenigsten anziehend. Niemals hat in Bezug auf Volkswirtschaft und Finanzpolitik in Preußen der Dilettantismus

sowie, die Wissenschaft so wenig bedeutet als jetzt. Wer etwas gelernt hat, kann bei gewissen maßgebenden Personen um so eher in den Verdacht kommen, „Schulmeinungen“ zu haben oder Theoretiker zu sein. Unsere Ministerialräthe und Directoren repräsentieren, wie ich in langjährigem Kampfe mit ihnen mich überzeugt habe, eine große Summe von Kenntnissen und Fachbildung, aber gerade diese werden jetzt zurückgesetzt; man beruft in eine wichtige Commission Männer, nur bekannt als ergebene Diener des Kanzlers und formgemäß.

Die Motive der Regierung sprechen von Beutib, Kühne und Hoffmann, altpreußische Muster von Verwaltungsbeamten. Wie würden aber diese als Examining-Commission einen Referendar beurtheilen, der Theorien entwidete wie der Reichstagsländer in seinen jüngsten Bauernbriefen (Bewegung), jenen agitatorischen Schriftstudien? Würden sie dergleichen Ausarbeitungen als geeignet erkennen, nachzuweisen, daß Demand in volkswirtschaftlicher Beziehung für besagt zu erachten ist, wie es in diesem Gesetz heißt, eine selbstständige Stellung in der Verwaltung einzunehmen? Sonderbar paßt dieses Gesetz über Vorbildung für die höhere Verwaltung in die heute maßgebenden Anschaunungen; gerade heute muß man wissenschaftlich strebenden Männern abrufen, auf Grund dieses Gesetzes in den Verwaltungsdienst einzutreten.

Abg. v. Ludwig: Ich muß der Behauptung des Abg. v. Schorlemers, daß die Zunahme der Verbrechen nur die niederen Beamten berühre, widersprechen und könnte hohe Beamte nennen, die sich manches haben zu Schulden kommen lassen. Aber ich will keinen neuen Scandal machen (Heiterkeit) und nur an den Fall erinnern, der hier vor Kurzem zur Sprache gebracht wurde. Ein katholisch getaufter Professor in Bonn hat sich in einer Gesellschaft als Papst hingestellt, er ließ eine Schnapsflasche als heiligen Geist über seinem Haupte schwanken und stellte neben sich zwei Frauenzimmer in Rubens'schen Formen in Tricots, die auf ihrem Rücken ein Plakat mit der Inschrift „Conclave“ trugen. (Stufe: Nicht wahr! Zur Sache!) Ob es wahr ist, habe ich nicht zu unteruchen (Aha!), das ist Sache des Herrn Cultusministers. Es ist nothwendig, solchen Vorlommiffen gegenüber ein Menschek für die jungen Leute an die Spitze des Gesetzes zu stellen.

Geb. Finanzrat Merlecke: Seitens des Finanzressorts muß ich die Annahme des gefaßten Gesetzentwurfs, der dem Wunsche dieses Hauses, die Verwaltungsbeamten nicht nur juristisch, sondern auch praktisch vorgebildet zu sehen, Rechnung trägt, dringend empfehlen. Außer den Landräthen, deren Qualification zu regeln vorbehaltet ist, sind viele andere Beamte anzustellen, und es werden sich solche mit der hier vorgeschriebenen Bildung aus Interesse zur Sache selbst genug finden, obgleich die Stellung nicht so benedenswerth, wie die des Richters ist.

Das Haus genehmigt darauf den § 1 unter Ablehnung des Antrages von Ludwig und ohne Debatte die §§ 2 bis 8.

§ 9 enthält die Aufzählung derjenigen Beamtenkategorien, für welche das Gesetz geltet soll. Die Landräthe fehlen bekanntlich und § 16 schreibt in Bezug darauf vor, daß für dieselben ein besonderes Gesetz erlassen werden sollte; bis zum Erlass desselben sollen die bisherigen Bestimmungen in Kraft bleiben.

1) Abg. Windhorst (Bielefeld) will folgende neue Paragraphen einführen. Im § 9a wird zur Bekleidung der Stelle eines Landräths (Kreis- und Amtshauptmanns &c.) die Befähigung zum höheren Verwaltungs- oder Justizdienste gefordert; für die von einem Kreistage präsentirten Personen wird außer dem Grundbesitz und mindestens 1-jährigem Wohnsitz im Kreise auch eine 4jährige Tätigkeit bei Gerichts- und Verwaltungsbehörden oder in Selbstverwaltungsamtern — mit Ausnahme des Amtes eines Gemeinde- oder Gutsvorsteigers — verlangt.

„Alle anderweitig bestehenden Beschränkungen in Bezug auf den Kreis der Personen, welche von einem Kreistage für die Besetzung eines erledigten Landratsamtes in Vorschlag gebracht werden können, sind aufgehoben.“

Im § 9b wird bestimmt, daß für die Personen, welche zur Zeit des Inkrafttretens des Gesetzes bereits commissarisch eine Landratsstelle verwalten, das Regulativ vom 13. Mai 1838 beibehalten solle.

Außerdem will Windhorst (Bielefeld) den § 16 streichen und im § 17 nicht nur, wie die Regierung will, das Regulativ für die Befähigung zu höheren Verwaltungsamtern von 1846, sondern auch das Regulativ über die Prüfung der Landratsamtcandidaten von 1838 aufheben mit Ausnahme der Bestimmung im § 9b.

2) Die Abg. Nasse und v. Beditz beantragen, den § 16 dahin zu fassen, daß ein Gesetz über die Befähigung zum Landratsamt erlassen werden solle; bis dahin sollen aber die Bestimmungen gelten, welche § 9a des vorstehenden Antrages — mit Ausnahme der Forderung des Grundbesitzes und Wohnsitzes im Kreise — und § 9b, sowie den Antrag zu § 17 enthalten. Zu diesem Antrag hat Richter (Hagen) einen Unterantrag eingereicht, den letzten Satz des § 9a des Windhorst'schen Antrages in den Antrag aufzunehmen.

3) Abg. Wisselink will für die Befähigung zum Landratsamt ebenfalls ein besonderes Gesetz und bis zum Erlass desselben die Vorschriften wie in den beiden vorangegangenen Anträgen, verlangt aber nur dreijährige Tätigkeit bei Gerichten und Verwaltungsbehörden und für die präsentirten Candidaten ohne diese Befähigung auch den Grundbesitz und Wohnsitz im Kreise.

Abg. Windhorst (Bielefeld): Die Frage, welche Mitwirkung bei der Ernennung des Landräths dem Kreise zuzugestehen sei, darf nicht, wie die Regierung es will, die Regelung der Qualificationsfrage hinauschieben. Ich hoffe, daß wir uns über die letztere noch heute verständigen können. Mein Antrag ist eine Combination der Regierungsvorschläge und der Beschlüsse des Herrenhauses; mehr können Sie doch von mir nicht verlangen (Heiterkeit). Auch das Herrenhaus will, wie wir, Personen, welche die Prüfung bestanden haben, als Landräthe nur dann angestellt wissen, wenn der Kreis sie präsentirt; die Regierung dagegen will sich das Recht vorbehalten, solche Personen auch ohne Präsentation zu Landräthen zu ernennen. Der Vorgänger des jetzigen Ministers des Innern hat auch das Prinzip unseres Antrages schon 1876 erkannt. Die ganze Differenz bestand damals darin, daß wir auch die sonstigen Beschränkungen aufheben wollten. Ihre Bedenken dagegen hat die Regierung fallen lassen.

Die heute gestellten sonstigen Anträge wollen die Sache nur provisorisch regeln bis zum Erlass eines Gesetzes. Dadurch würden wir die Regierung zu einer Änderung geradezu induzieren. Ferner sprechen diese Anträge nicht von dem Wegfall der sonstigen Beschränkungen, welche auch die Regierung nicht mehr aufrecht erhält. Wisselink verlangt ferner nur einen dreijährigen Vorbereitungsdienst statt des vierjährigen. Wir geben der Regierung jetzt darin nach, daß wir die Zahl der zum Landratsamt fähigen Kreisangehörigen auf die ein Jahr lang ansässigen beschränken. Die Regierung wird deshalb wohl das bedeutende Gesetz nicht an einem untergeordneten Punkte scheitern lassen wollen.

Bei dieser Gelegenheit constate ich, daß die Landräthe in den westlichen Provinzen, wenigstens in Westphalen, bei den Wahlen keinen Anlaß zu klagen über Mißbrauch der Unigewalt gegeben haben.

v. Meyer (Arnswalde): Ein gesunder menschlicher Organismus soll sich alle 7 Jahre erneuern. Auch die Kreisordnung hat in 5 Jahren so viele Abänderungen durch neue Gesetze erfahren, daß, wenn die Wegeordnung und Gemeindeordnung und die hier geplante Änderung ihres § 74 erlassen sei werden, der Stoffwechsel bei ihr auch in 7 Jahren vollendet sein wird. Aber die Kreisordnung hat sich nicht erneuert, sondern es ist nur noch ein Trümmerhaufen davon übrig, mit dem kein Mensch etwas anfangen weiß. Durch das Probitorum, welches uns hier vorgeschlagen wird, wird daran nichts geändert. Der Antrag Windhorst macht es wie Penelope, die bei Nacht aufzrennt, was sie bei Tage gemacht hat, er stellt das ganze hier vorliegende Gesetz in Frage. Wir brauchen keine Juristen in der Verwaltung; sie bringen nur Verschleppungen in die Geschäfte, indem sie contradictorische Entscheidungen produzieren, die wir möglichst vermeiden müssen. Landräthe mit nur elementarer Bildung habe ich noch nicht gesehen; weshalb sollen sie also durchaus examiniert werden? Wenn das nötig wäre, dann müßte man auch die Bürgermeister examinieren, ja es läge noch näher, hier ein Examen einzuführen. (Heiterkeit.) Wenn die Re-

gierung das Amendment Windhorst annimmt, so wird sie vielleicht noch die genügende Auswahl an Personen haben, um die Stellen zu besetzen. Ich bitte, lassen Sie durch Ihre Anträge nicht das ganze Gesetz ins Wasser fallen. Eine genügende Zahl von Beamten wird die Regierung finden, denn diese haben ja einen Anreiz in der schönen Stellung der Verwaltungsbeamten zu diesem Parlament, wo man sie mit besonderer Urbanität behandelt, wie der Abg. Richter eben bewiesen hat. Daß aber die Landräthe, wie er meint, in die Regierungsrathsstellen eintreten, verhindert der § 9 der Vorlage, der hierzu die Qualification zum höheren Verwaltungsdienste verlangt.

Richter (Hagen): Der Landrat meines Kreises verhält sich zu den Wahlen nicht so objektiv, wie der Abg. Windhorst auf Grund seiner Bielefelder Erfahrungen von den Landräthen der westlichen Provinzen röhmt. Ich verhält er sich freilich still, namentlich, wenn ich im Kreise bin (Heiterkeit), dann erinnert er sich der Erfahrungen, die er gemacht, als er den Bauern die Abchaffung der Grundsteuer versprach, wenn sie mich nicht wählten. Als ihn aber neulich eine katholische Gemeinde aufforderte, der Einweihung einer Kirche beizuhören, verweigerte er dies, weil im Orte sich Socialisten befanden; dort könne kein Toast auf den König ausgebracht werden. Dort hätten aber nur die Parteigenossen des Abg. Windhorst (Meppen) bei der engeren Wahl mich als das kleinste Übel gewählt. Die Zerrüttung der Kreisordnung hat darin ihren Grund, daß die Conservativen und die Nationalliberalen seinerzeit mit der Kreisordnung den Umbau der Verwaltung in der Mitte anstrengten, so daß sie bei jedem Ausbau nach oben und unten verändert werden muß. Wir warnen damals vor solchem Verfahren und wollten den Bau von unten mit der Gemeindeordnung beginnen. Aber die hier beabsichtigte Änderung des § 74 der Kreisordnung macht den Beamten keine Schwierigkeit, sondern höchstens den Kreistagen, wenn sie einen Landrat wählen müssen. Die hier vorliegende Materie kann daher auch bezüglich der Landräthe definitiv geregelt werden. — Die parlamentarische Kritik wird an jüngere Leute nicht abschreckend wirken, wenn sie gleiches Recht für Alle anerkennen; wohl aber möchte es abschrecken, wenn man sieht, wie der Reichstagsländer vor verschämtem Kriegsfolke Minister wie Achenbach und Stosch behandelt. Eine Prüfung der Landtagsabgeordneten wäre sehr erwünscht, nämlich durch ihre Wähler, und damit das Crimen möglichst scharf ausfällt, sollten die Landräthe nicht durch ihre Autorität die Wähler zu bewegen suchen, ohne Prüfung zu wählen. Die Bedenken des Abgeordneten v. Meyer gegen die Juristen in der Verwaltung erledigen sich dadurch, daß alle Anträge praktische Vorbildung verlangen. Soll die Anzahl der Wählbaren nicht zu eng begrenzt sein, dann muß man nicht Grundbesitz, sondern nur Wohnsitz im Kreise verlangen. Nach dem Antrage Nasse kann man Kreisdeputirter, Mitglied des Verwaltunggerichts, ja Bürgermeister und doch zum Landrat unfähig sein. Im Interesse des Wahlrechts der Körperschaften bitte ich daher um Aufhebung dieser Beschränkungen der Wahlbarkeit.

Abg. v. Kölle: Das vorliegende Gesetz ist ein dringendes Bedürfnis. Die Vorbildung der Justizassessoren ist für den Verwaltungsdienst durchaus unerlässlich. Sie lernen als Referendare das Privatrecht, aber nicht die Verwaltungsgesetze und das praktische Leben kennen. Sie thun Nichts ohne Antrag, halten sich nur an den Inhalt der Acten und an das Gesetz, während der Verwaltungsbeamte die Initiative ergreift, daß, was nicht in den Acten steht, ebenfalls wissen, und sich immer zunächst fragen muß, was dem öffentlichen Wohle dient. Deshalb müssen die Verwaltungsbeamten in der Praxis gebildet werden. Bei dieser Gelegenheit aber die Frage der Vorbildung der Landräthe zu ordnen, ist nicht nothwendig, obwohl das Reglement von 1838 auf die Dauer nicht beibehalten kann. Diese Frage hängt zu eng mit der Regelung des Präsentationsrechts zusammen. Daß der zu Präsentirende Grundbesitz haben muß, ist keine so große Härte, denn jede Gartenlaube ist Grundbesitz. Das zweite Examen aber können Sie heute noch nicht von den Landräthen fordern, weil es dann nicht genug Candidaten geben würde. Die Anträge definieren endlich alle nicht, welche Amtler zu denen der Selbstverwaltung zu rechnen sind. Der Landratsposten selber ist es doch nicht. Hierarchisch wäre also einer, der das Landratsamt bisher zu aller Zufriedenheit commissarisch verwalte, nicht anstellbar, wenn er nicht das zweite Examen macht, was ein älterer Mann nicht thun wird. Wer dagegen vier Jahre Kreisdeputirter war, braucht seine Befähigung nicht dokumentirt zu haben, um Landrat zu werden. Deshalb bitte ich, die Anträge zu verwerten.

Abg. Windhorst (Meppen): Die Anträge des leider

Bei aller gegenseitigen Annäherung noch genug wesentliche Differenzen zu bestehen, deren Ausgleich jetzt nicht so leicht ist. Ich muß noch der Behauptung des Abg. Richter (Hagen) entgegentreten, daß jetzt die Verwaltungskarriere wenig Reiz für junge Leute habe. Gerede der lebhaften Fluss, in welchem ich augenscheinlich alle volkswirtschaftlichen Fragen befinde, wird uns in Preußen an diesem Material keinerlei Mangel empfinden lassen. Bringen Sie das Gesetz zu Fall, so regeln Sie nicht nur nicht die Landesratsfrage, sondern erschweren auch den regelmäßigen Zugang zu den übrigen höheren Verwaltungssämttern. Ich bitte Sie deshalb, nehmen Sie die Regierungsvorlage an.

Abg. Nasse: Unser Antrag ist ein Versuch, das Gesetz, dessen Notwendigkeit der Minister betont hat, zu Stande zu bringen. Das Haus kann aber nicht davon abgehen, das überaus wichtige Landratsamt in diesem Gesetz zu regeln, zumal nach den neuen Verwaltungsgesetzen dieses Amt nach einflußreicher und wichtiger geworden ist. Die Präsentation kann wohl die Vorbildung erzeugen, und könnten wir für alle Amtsträger praktisch erfahrene Männer finden, dann brauchten wir überhaupt keinerlei Prüfungsordnungen. Aus dem Antrag Windthorst haben wir die Bestimmungen weggelassen, welche eine Änderung der Kreisordnungen in bestimmten Landesteilen involviert. Wir erkennen die Notwendigkeit einer solchen Aenderung an, glauben aber, daß dieses Gesetz nicht der richtige Platz dafür sei, zumal dieses gerade in den Motiven der Regierungsvorlage als äußerst bedenklich bezeichnet wird. Deshalb bitte ich, den Bericht unseres Antrages, das Gesetz zu Stande zu bringen, nicht durch Annahme des Eventualantrages Richter (Hagen) zu vereiteln. Nimmt die Regierung unseren Antrag nicht an, so fällt die Verantwortung für den Fall des Gesetzes auf sie allein.

Abg. Miguel: Ich muß die Frage des Abg. Windthorst (Meypen) an den Minister wiederholen, mit welchem Rechte er nach Hannover und Hessen-Kassel nichtepanierte Amts- und Kreishauptleute sendet. Ich verkenne nicht das Gewicht der vom Minister vorgebrachten Gründe, die Landratsfrage hier auszuschließen, aber entscheidende Gründe bestimmen mich, für den Antrag Windthorst zu stimmen. Ich habe die Überzeugung, daß heute ein Landrat seine gesammte, amtliche Aufgabe — mit Ausnahme von einzelnen Individuen, für welche man doch keine Staatsgesetze macht — nicht zu erfüllen im Stande ist, ohne die im Antrage geforderte Vorbildung. Die Beigabe eines Syndicus ist nur eine lästige Ausbildung. Der Landrat war früher hauptsächlich Comunal-Beamter und darauf war das Hauptwicht zu legen. Jetzt hat der Kreisausschuß diese Pflichten und der Landrat hat die Staatsidee und die einheitliche Anwendung der Gesetze vorzugslich zu wahren. Das wir die Anforderungen an den präsidirten Landrat ermäßigten wollen, ist eine Concession, die wir der Regierung, anderen Anschauungen und der historischen Entwicklung machen. Ohne die Regelung des wichtigen Landratsamtes wäre dieses Gesetz nur Städtewerk. Der nach den Worten des Ministers schon jetzt zwischen den Landräthen und anderen Beamten bestehende Gegensatz würde dadurch noch verschärft werden, daß wir für die übrigen ein besonderes Gesetz machen. Die Einigung für die Landratsfrage, wenn sie jetzt nicht erfolgt, wird in Zukunft nur noch schwieriger werden. Der Antrag Windthorst trägt der Verschiedenheit der Provinzen Rechnung und dem Nebengangsstadium, welches er wahrscheinlich bis zur einheitlichen Regelung der Kreisordnung für die ganze Monarchie bilden wird. Deshalb möchte ich Ihnen den Antrag Windthorst und eventuellen Antrag Nasse zur Annahme empfehlen.

In der Abstimmung wird § 9 der Vorlage angenommen, desgl. die vom Abg. Windthorst (Bielefeld) vorgeschlagenen §§ 9a und 9b, sowie dessen Antrag zu § 17. Die übrigen Paragraphen wurden ohne Debatte angenommen, § 16 gestrichen.

Es folgt die zweite Beratung des Gesetzentwurfs, betreffend die Errichtung von Landeskultur-Rentenbanken. Die §§ 1—5 werden ohne erhebliche Debatte genehmigt.

§ 6 bestimmt, daß Sicherheit für das von den Banken gewährte Darlehen als vorhanden zu erachten sei, wenn es innerhalb des 25fachen (nach der Regierungsvorlage 22fachen) Betrages des Katastralreinertrages oder in der ersten Hälfte der ritterlichen Zare sich bewegt.

Abg. v. Ludwig will die Beleihungsgrenze bis auf den 35fachen Betrag des Katastralreinertrages oder bis auf die ganze Zare erhöhen, weil sowohl der Katastralreinertrag wie die Zare sich stets unter dem wirklichen Wertes hielten.

Abg. Graf v. Behr-Behrenhoff beantragt, die Beleihungsgrenze im Statut festzustellen. Je nach den zu beleihenden Grundstücken, sowie nach den Verhältnissen der betreffenden Landestheile müsse eine Verschiedenheit erhalten.

Abg. Seydel spricht sich für diesen Antrag und gegen den des Abg. v. Ludwig aus.

Minister Friedenthal bittet, die Regierungsvorlage aufrecht zu erhalten; Meliorationen seien eine schöne Sache, aber man dürfe sie nicht so weit treiben, daß der Grundbesitz übermäßig verschuldet, so daß der zeitige Besitzer ein wahres sachliches Interesse nicht mehr haben kann. Der 22fache Betrag des Katastralreinertrages beruhe auf alten bewährten Traditionen, und wo man darüber hinausgegangen sei, hätten immer so viel Abzüge stattgefunden, daß in Wahrheit doch nur der 22fache Betrag gegeben wurde. Der Antrag des Grafen von Behr überschreite die Grenze der Selbstverwaltung, indem er den Instituten eine zu große Autonomie gebe.

Abg. v. Schorlemmer spricht sich gegen den Antrag v. Behr aus; denn da das Statut der landesherrlichen Genehmigung unterliege, so hätte schließlich der Minister das entscheidende Wort zu reden und damit wäre die Selbstständigkeit der Banken befehligt. Redner bittet aber, dem Commissionsvorlage nicht entgegen zu treten und die Beleihungsgrenze auf den 25fachen Betrag des Katastral-Reinertrages zu fixieren.

Die Abg. Mühlendorf und v. d. Golt sprechen sich für den Antrag des Grafen v. Behr aus, den der Minister Friedenthal und Geh. Rath Forch nochmals bekämpfen.

Abg. v. Ludwig zieht seinen Antrag zurück, der Antrag des Grafen v. Behr wird abgelehnt und § 6 unverändert angenommen; desgleichen die §§ 7 und 8.

Um 4 Uhr vertagt sich das Haus bis Sonnabend 10 Uhr. (Kleinere Gesetze, Justizgesetze und Landeskultur-Rentenbanken).

Berlin, 24. Januar. [Amtliches.] Seine Majestät der König hat auf den Vorschlag Ihrer Majestät der Kaiserin und Königin und des Kapitäns der zweiten Abteilung des Lütschen-Ordens der Frau Bertha von Baumhauß, geb. von Stüdrath, zu Kassel und der Frau Fürstin Anton Radziwill zu Berlin die erste Klasse, sowie der Frau Commerzienrath Kahla und der Frau Commerzienrath Pringsheim, beide zu Berlin, die zweite Klasse der zweiten Abteilung des Lütschen-Ordens mit der Jahreszahl 1865 verliehen.

Se. Majestät der König hat dem Garnison-Auditeur Dr. Stiedel in Kassel und den Divisions-Auditeuren Lieberlinh der 18. Division, Dr. Aulhorn der 30. Division und Lenz der 7. Division den Charakter als Justizrat, sowie dem Secretär Topp bei dem Provinzial-Schulcollegium zu Coblenz den Charakter als Kanzlerrat und dem Secretär Meineke bei dem Provinzial-Schulcollegium zu Berlin den Charakter als Rechnungs-

rath verliehen.

Der Berlin-Athälter Maschinenbau-Aktion-Gesellschaft zu Dessau, dem Fabrikanten Erdmann Kircheis zu Aue im Königreich Sachsen, den Fabrikanten Seyfert u. Donner zu Chemnitz, ebenfalls im Königreich Sachsen, in die Medaille "für gewerbliche Leistungen" in Silber und den Fabrikanten Gebrüder Sachsenberg zu Röcklitz a. d. Elbe und dem Fabrikanten G. Boley zu Esslingen im Königreich Württemberg, dem Fabrikanten H. Zimmermann zu Berlin und dem Fabrikanten Chr. Kortmann zu Arnstadt im Fürstentum Schwarzburg-Sondershausen die Medaille "für gewerbliche Leistungen" in Bronze verliehen worden.

Die Wahl des ordentlichen Lehrers an der Klinger-Schule zu Frankfurt a. M. Dr. G. A. Schmeding, zum Oberlehrer an der Realschule zu Elberfeld ist genehmigt worden. — Der Referendar Dunder in Hildesheim ist zum Advocaten im Bezirk des Königlichen Appellationsgerichts zu Celle mit Anweisung seines Wohnsitzes in Hildesheim und den Referendar Rheinart aus Trier zum Advocaten im Bezirk des Königlichen Appellationsgerichts zu Köln ernannt worden.

[Krönung- und Ordenstags.] Auf Befehl Sr. Majestät des Kaisers und Königs findet die Feier des Krönungs- und Ordentags am Sonntag, den 26. d. M., auf dem Königlichen Schloß hier selbst statt, wozu die Einladungen an die Herren Ritter und Inhaber königlicher Orden und Ehrenzeichen, nach Maßgabe des zur Verfügung stehenden Raumes, von der unterzeichneten Commission ergangen sind. Berlin, den 23. Januar 1879. Königliche General-Diensts-Commission.

Berlin, 24. Jan. [Beide Kaiserliche Majestäten] empfingen gestern den Besuch Ihrer Königlichen Hohensten des Prinzen und

der Prinzessin Albrecht von Preußen, für welche heute ein Diner im Königlichen Palais stattfindet.

[Se. Majestät der Kaiser und König] nahm heute den Vortrag des Polizei-Präsidenten von Madai entgegen und empfing später die Großmeister der drei hiesigen Großlogen des Freimaurer-Ordens, die Herren Director Bischöfe, General von Ziegler und Studien-Director Professor Herrig.

[Se. Kaiserliche und Königliche Hoheit der Kronprinz] empfing gestern Vormittag den Grafen Julius zur Lippe-Biesterfeld und begab sich um 11½ Uhr nach dem landwirthschaftlichen Ministerium, wo Höchstselbst der Sitzung des Landes-Dekonomie-Collegiums bewohnte. Nachmittags um 4½ Uhr nahm Se. Kaiserliche Hoheit die Meldung des Chefs des Stabes VII. Armee-Corps, Oberst-Lieutenanten Freiherrn von Willisen entgegen. (R.-Anz.)

[Denkschrift über die Ausgrabungen zu Olympia.] Die Schlüsse derselben, in welchen die mit der speciellen Leitung der Betriebsarbeiten betrauten beiden Sachverständigen einen Rückblick auf die mit den Ausgrabungen gewonnenen Resultate werfen, lauten: „Da auch die griechisch-römische Kunst in einer ganzen Reihe von Standbildern vertreten ist, so begreift man, daß für die Geschichte der Plastik ein Material gewonnen ist, dessen Bearbeitung die Wissenschaft viele Jahre beschäftigen wird. Auch hat das Unternehmen der Ausgrabung dazu geführt, daß zwei Drittel der antiken Tempelbauten aufgedeckt worden sind. Es handelt sich nunmehr noch darum, die Freilegung so weit durchzuführen, daß 1) der Grundriß des gesamten Tempelgebietes vollständig vorliegt, 2) die innerhalb desselben noch vergrabenen Bildwerke und Inschriften zu Tage treten, und 3) die schon zum Theil aufgedeckten Anlagen des Gymnasiums einerseits, des Stadiums andererseits in den Haupiformen klar werden. Als dann kann das Deutsche Reich sein Wert als ein in sich vollendetes abschließen, ein ruhmvolles Werk, wie es bis jetzt noch von keinem anderen Staate mit einer gleich uneigennützigen Freigiebigkeit ausgeführt worden ist.“

[Die Königl. Akademie der Wissenschaften] hält am Donnerstag, den 30. Januar, Nachmittags um 5 Uhr, eine öffentliche Sitzung zur Feier des Geburtstags Friedrich II.

[Verbot auf Grund des Reichsgesetzes vom 21. October 1878.] Die Druckschrift: „Feierstunden. Dichtungen in gebundener und ungebundener Rede von Carl Frohne.“ Frankfurt a. M. 1876, Verlag von Georg Müller in Bodenheim. — Die Jahrgänge 1876, 1877 u. 1878 eröffneten period. Zeitschrift: „Neue Welt.“ Illustrirtes Unterhaltungsblatt für das Volk.

Gewinn-Liste der 4. Klasse 159. Königl. Preuß. Klasse-Lotterie.

Nach dem Bericht von Engel Nachfolger, Kochstraße 20,

ohne Gewähr.

(Nur die Gewinne über 210 Mark sind den betreffenden Nummern in Parenthese beigefügt)

Berlin, 24. Jan. Bei der heute fortgesetzten Ziehung sind folgende Gewinne gezogen worden:

47 53 83 130 205 35 86 397 418 558 625 30 (300) 739 75

(1500) 883 903 23 1044 146 67 (600) 204 32 60 303 21 60 70 80

408 20 (1500) 83 (300) 680 712 (3000) 44 51 65 69 821 65 67 908

38 72 (15000) 81 2032 231 82 342 45 428 520 57 84 602 76 750

72 841 (3000) 97 936 67 3027 95 111 (3000) 251 57 (1500) 308 27

(600) 43 408 (600) 67 535 84 85 727 97 839 74 931 84 405 37

48 87 125 98 (300) 209 30 96 309 27 412 (600) 73 93 569 84 88

99 (600) 626 (300) 29 (300) 47 51 56 735 48 67 81 (600) 808 16 50

64 97 (600) 907 5104 20 262 379 406 54 90 (300) 530 44 45 63

66 95 648 702 11 51 847 932 52 80 84 6017 29 37 88 155 84 93

(300) 206 12 (300) 29 322 40 69 485 501 40 (300) 52 65 602 59 94

721 57 68 86 833 (300) 923 58 84 7083 (300) 110 25 (600) 50 299

397 403 43 516 40 59 86 644 57 62 73 90 861 66 70 (300) 92 8069

(1500) 111 77 210 30 336 69 429 515 (600) 60 79 642 (300) 734

36 76 78 859 9077 79 111 (1500) 289 (300) 312 (300) 31 33 (3000)

46 47 (300) 56 435 500 33 36 39 43 669 88 704 5 810 12 909.

10,007 15 22 122 273 86 304 35 416 21 560 650 85 845 52 76

919 74 11,010 87 202 28 322 501 49 624 703 35 (300) 78 83 841

58 (300) 73 942 58 12,055 121 36 60 73 88 99 216 76 91 (600) 327

405 57 66 98 611 73 85 725 31 829 63 (300) 953 (300) 89 13,093

(1500) 105 8 (300) 231 313 632 733 58 80 99 831 917 78 81 (1500)

14,039 149 (1500) 59 205 56 (1500) 95 307 (600) 93 563 (15,000) 71

672 97 (300) 722 60 64 809 30 56 62 76 (600) 928 30 34 88 15,047

80 82 128 60 200 69 74 328 (300) 51 89 459 75 510 11 (300) 74 90

600 11 21 33 50 75 84 868 69 (1500) 935 16,017 (3000) 93 114 23

44 (300) 46 52 217 92 341 434 559 (600) 628 39 94 703 810 920

55 98 17,011 12 49 79 81 122 84 214 19 47 87 310 75 78 481 92

545 69 (1500) 620 54 719 30 49 901 (300) 13 37 94 99 (1500) 18,018

26 66 81 100 211 313 (600) 96 99 444 84 98 (600) 523 93 613 814

66 903 (1500) 19,149 (300) 69 200 6 16 (3000) 347 459 (300) 610

35 37 55 709 29 44 (3000) 909 23 65.

20,165 218 37 349 82 439 599 608 (300) 12 52 54 64 (300)

812 14 22 33 35 56 908 40 55 21,100 84 303 95 401 94 (300) 568

83 623 35 749 815 50 70 88 99 961 22,033 95 140 44 (300)

92 206 (3000) 37 73 386 423 88 (300) 521 49 50 54 600 66 755

300 834 43 54 94 918 (3000) 23,042 112 55 65 (600) 253 56 311

27 76 435 572 93 714 28 4

bestand, daß sie gegen die Regierung, die sie befürwortete, konspirierten. Wer immer, der sich mit Politik beschäftigt, ist nicht dadurch betroffen worden, daß in ganz Frankreich die Inhaber der Regierungsgewalt offen das Regime verböhnen, dessen offizielle Vertreter sie waren? Hat man schon vergessen, wie sich nach der Campagne vom 16. Mai die ungeheure Mehrheit der Gerichtsbeamten über die Bürger lustig machten, welche sie, diese Beamten selber, versucht, gepeinigt und gehetzt hatten? Dieser Skandal hat lange genug gedauert, er muß aufhören, jetzt, wo das Provisorium aufgehört hat. Aehnlich constatiren die anderen republikanischen Blätter, daß der Regierung durch das Vertrauensvotum große Pflichten auferlegt worden sind. Es scheint übrigens, daß Dufaure sich ziemlich klar ist über die Ansprüche, die man an ihn stellt. In dem gestrigen Ministertheate soll er sich dahin ausgesprochen haben, daß die Tagesordnung der Regierung eine Art Imperiumsmandat ertheilt hat, auf welches Rücksicht zu nehmen sei. — Der „Figaro“ glaubt heute bestätigen zu können, daß Mac Mahon, der sich während der Interpellations-Debatte in Versailles aufhielt, den Ministern bestimmt erklärte, selbst zurücktreten zu wollen, falls die Kammer dem Cabinet das Vertrauensvotum verweigere. — Einer der ersten Beamten, welche die Wirkung der letzten Ereignisse zu verspüren haben, wird jedenfalls Ferdinand Duval sein. Seine Entfernung aus der Seine-Präfektur ist absolut beschlossene Sache. Wahrscheinlich werden mehrere höhere Beamte dieser Präfektur und die Maires mehrerer Pariser Arrondissements sein Schicksal theilen.

## Provinzial - Zeitung.

\*\* Breslau, 25. Jan. [Verspätung.] Der Berliner Courierzug ist heute um eine Stunde verspätet hier eingetroffen; in Bezug auf die Ursache der Verspätung haben wir nichts erfahren können.

\* [Personalien.] Bestätigt: 1) Die Wiederwahl des Fabrikbesitzers Laube zum unbefoldeten Rathsherrn der Stadt Neurode; 2) die Wahl des Zimmermeisters Ruhm zum unbefoldeten Beigeordneten, des Markiseiders Schmidt zum unbefoldeten Rathsherrn und die Wiederwahl des Bäckermeisters Rosenberg zum unbefoldeten Rathsherrn der Stadt Gottesberg.

Übertragen: 1) Dem königlichen Kreis-Schulinspector, Superintendenten Lauchner zu Steinau a. d. die Local-Inspection über die katholische Schule zu Queissen, Kreis Steinau. 2) Dem Pastor Suder zu Königsbrück, Kreis Gubrau, die Local-Inspection über die dortige evangelische Schule. 3) Dem Rittergutsbesitzer, Rittermeister a. d. Wüsten auf Klein-Pogul die Local-Inspection über die katholischen Schulen zu Grossen und Groß-Pogul, Kreis Wohlau. 4) Dem Bürgermeister Wenzel zu Winskiburg die Local-Inspection über die dortige katholische Schule. — Ertheilt: Dem Schul-Vorsteher Karl Wunderlich zu Breslau die Concession zur Fortführung der bisher von ihm geleiteten erweiterten Privat-Unterrichts-Anstalt. — Bestätigt die Vocations: 1) für die Lehrer Hanke, Opitz und Schmeisser als Lehrer einer städtischen Elementarschule zu Breslau. 2) Für den bisherigen Hauptlehrer Fieweger zum Rector einer städtischen klassigen katholischen Elementarschule in Breslau.

Bestätigt: Die Vocation für den Pastor Hildt zum zweiten Pastor der evangelischen Kirchengemeinde in Striegau.

Ersannt: Der bisherige Mittelschullehrer Grabein zum Hilfslehrer am Schullehrer-Seminar zu Münsterberg.

Ersannt: 1) Der Gerichtsassessor Karl Keil zu Poln.-Wartenberg zum Kreisrichter bei dem Kreisgerichte zu Poln.-Wartenberg. 2) Die Referendarien Victor Peier, Paul Schulz, Jakob Urbach und Hugo Callomon zu Breslau zu Gerichtsassessoren. 3) Die Rechtskandidaten Ludwig Goldschmidt, Martin Hahn und Ludwig Schurz zu Breslau, Dr. jur. Gotthardt Oststein zu Brieg, Max Pohl zu Neisse, Adolf Ballast zu Witzig und Rudolf Dubiel zu Ohlau zu Referendarien. 4) Der Kreisgerichts-Bureau-Assistent Robert Büsch zu Breslau zum Secretär bei dem Stadtgerichte zu Breslau. 5) Der Stadtgerichts-Bureau-Ädikarius Rudolf Kettner zu Breslau zum Bureau-Assistenten bei dem Kreisgerichte zu Breslau. 6) Der Appellationsgerichts-Referendar a. d. Friedrich Melde zu Breslau zum Bureau-Ädikarius bei dem Stadtgerichte zu Breslau. 7) Der Civil-Supernumerarius Otto Gaud aus Striegau zum Bureau-Ädikarius bei dem Kreisgerichte zu Waldenburg mit der Funktion bei der Gerichtskommission zu Friedland. 8) Der Stadtgerichts-Kanzleidätarius Robert Spörkel zu Breslau zum Kanzleisthemen bei dem Kreisgerichte zu Frankenstein. 9) Der Kreisgerichts-Hilfs-executor Franz Radisch zu Breslau zum Boten und Executor bei dem Stadtgerichte zu Breslau. 10) Der Hilfs-executor Albert Grund zu Landeshut zum Gefangenenvorwärter bei dem Kreisgerichte zu Ohlau. 11) Der Sergeant Karl Kott zu Brieg zum Hilfsboten und Hilfs-Executor bei dem Kreisgerichte zu Breslau. 12) Der invalide Trompeter Hermann Bauch zu Breslau zum Hilfsboten und Hilfs-executor bei dem Stadtgerichte zu Breslau.

Versetzt: 1) Der Gerichtsassessor Benno Mugdan aus Breslau als Kreisrichter an das Kreisgericht zu Wollstein. 2) Der Gerichtsassessor Carl Sittka aus Breslau als Kreisrichter an das Kreisgericht zu Pleß. 3) Der Gerichtsassessor Jacob Utbach aus Breslau als Kreisrichter an das Kreisgericht zu Schröda. 4) Die Referendare Dr. jur. Conrad Rosat zu Halle a. d. S. und Rudolf Köh zu Rhein in das Departement des Appellationsgerichts zu Breslau. 5) Der Vize und Executor Friedrich Bergmann zu Schönau an das Kreisgericht zu Neumarkt. 6) Der Gefangenenvorwärter Christian Matiba zu Glatz als Vize und Executor an das Kreisgericht zu Jauer, mit der Funktion bei der Gerichtskommission zu Schönau.

Ausgetrieben auf eigenen Antrag: 1) Der Kreisgerichtsrath v. Standar zu Frankenstein vom 1. Januar 1879 ab. 2) Der Referendar Ernst Freiherr von der Recke zu Möllnitz. — Pensionirt: Der Stadtgerichts-Vize und Executor Adolf Krause zu Breslau vom 1. April 1879 ab. [Vermauthniss.] Der zu Breslau verstorbene Kaufmann Ludwig hat dem Taubstummen-Institut daselbst 90 Mark lebenslang zugewendet.

\* Breslau, 25. Jan. [Vorlesungen.] Donnerstag Abend hatten wir Gelegenheit, der zweiten Vorlesung des Herrn Ferd. Lucy im Saale des Hotel de Silesie beizuwohnen. Es war ein, nur leider zu sehr, ausgewähltes Häuslein, welches sich zur Anhörung von Shakespear's Mohr von Venezia eingefunden hatte. Ja, wollte man nach der geringen Theilnahme, deren sich der Vortrag des Herrn Lucy zu erfreuen hatte, das Interesse unserer Mitbürger am Englischen, insbesondere an Shakespear's Meisterwerken bemessen, so müßte dieses Interesse ein für unsere Stadt beschämend geringes genannt werden. Jedoch hat wahrscheinlich die Anzeige nicht die gehörige Verbreitung gefunden, weshalb wir noch einmal von dieser Stelle aus die Aufmerksamkeit aller Freunde der englischen Sprache darauf richten möchten. Der genannte Herr denkt am Dienstag oder Mittwoch noch Hamlet zu lesen. Dem Publikum wäre eine recht rege Theilnahme um so mehr zu empfehlen, als wir hier nur äußerst selten das Vergnügen haben werden, namentlich ein so vorzügliches Englisch zu hören, ohne daß wir damit dem durchdachten Vortrage, der von schönen Stimmmitteln getragen ist, die gehörige Anerkennung irgend vorerhalten wollten. Herr Lucy gab das letzte Mal den größten Theil des 1., 3. und 5. Actes von Othello. Als den Höhepunkt seiner künstlerischen Leistung möchte ich den Dialog zwischen Iago und Othello, nach des letzteren Wiederauftreten im III. Act, 3. Scene, bezeichnen. Die Auswahl des Geboten und Ausgeschiedenen war zweifellos, namentlich wurde alles Shakespearisch Überkritische geschickt umgangen. Für die Furchtamen sei bemerk't, daß dem Vortrage bei der klaren und freßlichen Aussprache des Lesenden verhältnismäßig leicht zu folgen ist; und da obendrein die Shakespearischen Stücke in der Laudinischen Aussage einzeln für je 30 Pf. zu haben sind, so steht damit ein ebenso billiges als bequemes Hilfsmittel zu Gebot, um sich das Verständniß des Gehörten zu erleichtern. Es war uns fast wunderbar, daß nicht wenigstens der Herr, sich zu versuchen, wie weit man es wohl in der fremden Sprache gebracht, mehr von unseren das Englische pflegenden Mitbürgern und namentlich auch Mitbürgern angelockt. Hier ist nicht nur zu lernen, sondern mit Genuss zu lernen. — Wir schließen, indem wir unserem Bedauern Ausdruck geben, über das wenig rücksichtsvolle Benehmen einiger Herren, die trotz vorhergegangener Bitten des Herrn Vortragenden, durch überlaute Unterhaltung in einem der Nebenzimmer die Vorlesung mehrmals beträchtlich störten.

+ Breslau, 25. Januar. [Schlesischer Centralverein zum Schuh der Thiere.] Die Generalversammlung vom 23. d. M. eröffnete der Vorsthende, der Departements-Thierrat Dr. Ulrich, mit der Begrüßung eines Schreibens des Polizei-Präsidentums, wonach folgende Schuhleute, welche sich im vergangenen Quartal um die Thierschuhsoße verdient gemacht

haben, prämiert worden sind: Niemann mit 3 M., Weiß, Sardisong, Korn, Hübler I., Silora und Hoffmann II. mit je 2 M. — Der Thierschuhverein zu Schweidnitz fragt an, ob der Handel mit inländischen Vögeln politisch unterlag sei oder nicht? Die Antwort soll dahin gegeben werden, daß der Handel zwar nicht, aber das Einsingen der Vögel gesetzlich verboten sei. Nach einem vom Bundesrat vorbereiteten Gesetzentwurf zum Schutz der Vögel werde auch, die Annahme des Gesetzes vorausgesetzt, in Zukunft der Handel mit inländischen Vögeln verboten sein. Eine Anzeige aus Schaffau über eine unerhörte Pferdequälerei wird der Polizei-Amtshauptstätte zu weiteren Verfolgung überwiesen. — Lehrer F. A. Garbs in Dannenberg, der bekannte Begründer von Thierschuhvereinen unter Schülern, hat eine kleine Schrift: „An die Lehrer in deutschen Schulen. Ein Wort der Bitte in Sachen des Thierschuhes“, herausgegeben, welche der Vorsthende warm empfiehlt. Die Versammlung beschließt, 100 Exemplare derselben anzukaufen und sie an die Rectoren und Hauptlehrer Breslau's verteilen zu lassen. — Hierauf wird dem Paragraphen 6 des Vereinstatuts folgende Fassung gegeben: „Der Vorstand besteht aus 21 Mitgliedern, welche von der General-Versammlung auf 3 Jahre gewählt werden. Alljährlich scheidet ein Drittel der Vorstandsmitglieder aus. Die ausgeschiedenen Mitglieder sind wieder wählbar. Der Vorstand wählt aus seiner Mitte den Vorsthenden, dessen Stellvertreter, 2 Secretäre und den Rendanten, welche das Bureau bilden.“ § 7 al. 2 wird nach längerer Debatte in folgender Fassung abgeändert: „Im Laufe des Winterhalbjahrs werden in der Regel 3 allgemeine Versammlungen abgehalten und zwar das Stiftungsfest im Monat October, die Generalversammlung im Januar und eine allgemeine Versammlung in März.“ — Nach Erstattung des Rassenberichts wird dem Rendanten Decharge ertheilt und dem bisherigen Vorsthenden für seine Thatigkeit der Dant der Versammlung durch Erheben von den Plänen ausgedrückt. — Bei der folgenden Neuwahl des Vorstandes wurden gewählt die Herren: Königl. Departements-Thierrat Dr. Ulrich, Rechnungsrat und Hauptmann a. D. Jänicke, Spediteur Lucas, Regierungs-Secretär und Hauptmann a. D. Theodor, Hüttenmeister Giese, Ober-Postsekretär Belz, Regierungs-Secretär Warzecha, Postmeister Junge, Particulier Hähnewald, Zimmermeister Owiński, Baron von Rothkirch, Literat Köhler, Kaufmann Sackur, Brauereibesitzer Kipke, Kaufmann Schirmer, Instituts-Postmeister Wiederlich, Lehrschmiedemeister Schmidt und Werkmeister Brunzel.

— d. Breslau, 25. Januar. [Bezirksverein für die Stadttheile südl. der Verbindungsstraße.] In der letzten außerordentlichen Versammlung, welche sich eines zahlreichen Besuches erfreute, wurde zunächst mitgetheilt, daß nach eingezogenen Erfundungen die mit dem Erwerb des Grundstücks zum neuen Gymnasium sich beschäftigenden Commissionen der Stadtverordneten-Versammlung beinahe einstimmig sich für den in der Sonnenstraße belegenen Bauplatz entschieden haben. Gegenvorstellungen würden erfolglos sein. Deshalb wird von der weiteren Verfolgung dieser Angelegenheit Abstand genommen. — Auf das Seitens des Vereins unter 17. November pr. an den hiesigen Magistrat gerichtete Eruchen auf Befreiung der Wege-, Graben- und Beleuchtungs-Uebelstände im Huben- bzw. Lebgrund-Viertel eventuell im Wege der Interbention ist ein Bescheid noch nicht erfolgt. Die Versammlung beschließt, sich dieserthalb an den Provinzial-Ausschuß zu wenden und demselben technisch motivierte Vorschläge zu machen. — Auf äußere Anregung hin erriet sich Fabrikbesitzer Suckow, nach seiner Rückkehr aus Russland in einer der nächsten Versammlungen einen Reisebericht unter Führung physikalischer Experimente zu geben. Außerdem werden noch Schritte geschehen, für die nächste Versammlung am 5. Februar einen Vortrag halten zu lassen. — Der Fragesteller enthielt die Frage: Wann ist der Ründigungstag für Mieter bei Wohnungen von unter und über 300 Mark? Ist es der letzte Tag des abgelaufenen Jahres oder der erste Tag des neuen Quartals? Der Vorstand übernimmt die Verpflichtung, in nächster Versammlung diese Frage sachgemäß zu beantworten.

— d. Breslau, 24. Jan. [Bezirksverein für die Orlauer Vorstadt.] In der am 23. d. M. unter dem Vorsitz des Eisenbahn-Betriebs-Secretärs Spreuer abgehaltenen Versammlung hielt, nachdem der Schriftführer des Vereins, Kaufmann Schärig, den Jahresbericht erstattet hatte, Director Dr. Fiedler einen Vortrag „über gewerbliche Schulen“. Aus demselben theilen wir folgendes mit: Im 18. Jahrhundert war der Gewerbestand ein wenig gehobener. Ebenso gab es damals kein Schulwesen, welches mehr vernachlässigt worden wäre, als das gewerbliche und technische. In den Jahren 1808—1810 gelang es den Bemühungen eines Hardenbergs und Stein, den Gewerbestand zu einer gewissen Geltung zu bringen. Aber 10 Jahre mußten noch vergehen, ehe das gewerbliche Schulwesen eine Aufbesserung erfahren konnte. Im Jahre 1820 gründete ein kleiner, unansehnlicher Mann, der aber groß an Geist war, der alte Bent, in Berlin eine Art Gewerbeschule mit zuerst sehr beschränktem Lectionssplan. Bent sah nämlich ein, daß die 1808 gegebene Gewerbe-freiheit nur dann fegenbringend sein könnte, wenn ein gebildeter Gewerbestand erzeugt würde. Diese Gewerbeschule wurde vom Staat unterhalten. Später entstand daraus die Gewerbe-Alademie, und demnächst wird wohl in Verbindung mit der Bau-Alademie die größte polytechnische Akademie Deutschlands hervorgehen. — Breslau bleibt nie zurück! Und so auch nicht im gewerblichen Schulwesen. Im Jahre 1829 wurde die Sonntagschule gegründet, zuerst mit 2 Klassen. Bis zum März 1829 waren schon 151 Schüler angemeldet. Heute nach 50 Jahren hat aber die Anstalt erst 500 Schüler. Bis 1873 war in Breslau außer der Sonntagschule kein anderes gewerbliches Lehrinstitut vorhanden. In letzterem Jahre wurde die Gewerbeschule, die gewerbliche Zeichenschule und später die Baugewerbeschule gegründet. In der Provinz zeigt sich nach dieser Richtung ein reges Streben. Vor 15 Jahren wies die offizielle Justiz-Notiz 12 sog. gewerbliche Fortbildungsschulen nach. Jetzt sind deren 80. Redner bedauert sehr, daß dieselben meist nicht auf Anregung der Gewerbeschule, sondern erst auf Drängen der Regierung entstanden wären. Ebenso sei zu bedauern, daß Schule nur 2 Fachschulen, die Baugewerbeschule in Breslau und die Webeschule in Grünberg aufzuweisen habe. Es wäre z. B. dringend notwendig, daß in Waldenburg eine Fachschule für Töpferei und Glasfabrikation errichtet würde. Redner zeigt, daß Österreich in dieser Beziehung uns weit überlegen sei und daß hierin für die Zukunft eine Gefahr für unser schlesisches Gewerbe liege. Mit dem Wunsche, daß in Schlesien recht viele Fachschulen gegründet werden möchten, schließt Redner seinen mit vielem Beifall aufgenommenen Vortrag. — Der Fragesteller bot nichts Wesentliches.

R. B. Oppeln, 23. Jan. [Der hiesige freiwillige Feuer-Löschein- und Rettungs-Verein,] 160 active Mitglieder und 1 Ehrenmitglied, Herr Maurermeister Schmidt, zählt, hielt gestern Abend im Saale des Herrn G. Desterreich hier eine General-Versammlung ab, zu der 127 Mitglieder erschienen waren. Herr Bürgermeister Göh, als Vorsthender des Verwaltungsrates und der städtischen Feuerwehr, eröffnete und begrüßte die Versammlung und brachte zunächst für die aufspernden und gegenseitigen Bemühungen des freiwilligen Vereins, dessen technischen Director, Herrn A. Herrmann, den Dank des Magistrats und der städtischen Behörden zum Ausdruck. Herr A. Herrmann dankte dem Vorsthenden für seine Mithilft im Interesse des Vereins und erstattete Bericht über dessen Thatigkeit seit letzter Generalversammlung ab. Der Verein hat darnach seit 4. September 1876 durch den Tod 5 Cameraden verloren — deren Anhänger durch Erheben von den Plänen die Versammlung erhält, 7 stattgefundenen Brände gelöscht, 12 Übungen, 3 Aufzüge in Uniform, welche letztere i. J. 1876 neu geliefert worden, und 10 Vorstandssitzungen abgehalten, sowie 45 Theaterauffächer ausgeführt. Als Anerkennung sind dem Verein vom Brauereibesitzer Herrn H. Pringsheim 20 M. und für die Leitung des Fadelsjugs an seinem Jubiläum, den 30. September d. J., vom Director Dr. Stinner gleichfalls 20 M. gespendet worden; prämiert hat seinerseits der Verein mehrere Pferdebesitzer und einige Hornisten für Bläserfüllung und Diensteiter. Herr Bürgermeister Göh teilt mit, daß die Revision der Rechnungen und der Kasse des Vereins, sowie der abgesetzten Sterbefälle desselben stattgefunden habe und erfuhr nach deren Richtigbefund um Erteilung der Decharge, was demnächst geschieht. Der Rendant der Sterbefälle, Herr Kaufmann Hütter, berichtet, daß sich am Schlusse des nunmehrigen 14. Vereinsjahres der Vermögensbestand der Kasse bei 91 Mitgliedern auf 2068 M. 32 Pf. bezeichnet, welches Geld zinsbar angelegt ist. Vier Unterstüttungen à 75 M. sind an die hinterbliebenen verstorbenen Cameraden im Laufe zweier Jahre gezaubert; der jährliche Beitrag zur Kasse beträgt 1,80 M. Auch dieser Berechnung wird Decharge ertheilt und der Dant der Versammlung dem Herrn Hütter für seine hoffenfreie Verwaltung der Kasse übermittelt. — Nachdem der Beschluß gefaßt worden, den bisherigen Vorstand noch ein Jahr unverändert in den Personen seiner Mitglieder fortzusetzen zu lassen, teilte Herr Bürgermeister Göh mit, daß a. für sämtliche Mitglieder des Vorstandes sog. Huppen-Blasinstrumente, ähnlich denen der Bahnärzte beschafft werden sollen, mit welchen bei ausgebrochenem Feuer ein Signal gegeben werden kann, das von den Hornisten aufzunehmen und weiter zu geben ist; b. 12 Feuerwehr-

stationen in der Stadt eingerichtet werden, die durch Schild mit dem Namen des Cameraden und mit Glocke, deren Klingelzug ins Schlafzimmer führt, kennlich zu machen sind; c. eine Aufforderung durch die Localblätter ergeben wird, wonach jeder Mitbürger entweder zum aktiven Beitrag oder zur Erstattung eines Ablösungsbeitrages von 6 M. pro anno ernstlich angesetzt werden soll.

(1.) Cösel, 23. Jan. [Die Schwurgerichts-Berhandlung wider den Buchhändler Silberman zu Cösel,] welche in Ratibor stattgefunden, nimmt das vorwiegende Interesse des oberösterreichischen Publisms in Anspruch wegen der bis dahin geachteten Persönlichkeit des Silberman. — Der 17jährige Laufbursche des ic. Silberman, B. Drant, sagte eines Tages auf der Post zu dem diensthabenden Secretär Bachlod: „Herr Silberman läßt Ihnen sagen, Sie hätten wohl geschlafen, als Sie mir gestern die 10 Pf. angeblich zu wenig marktes Posts abforderten, und er verlangt die 10 Pf. zurück.“ — Bachlod holte deswegen den Postdirector Sachse und noch einen zweiten Secretär als Zeugen herzu, in deren Gegenwart Drant auf Befragen jene Worte wiederholte und nur weiterlich noch hinzufügte: „Er müßte doch ausrichten, was ihm von seinem Herrn aufgetragen sei.“ — In der hiernächst auf Antrag der Postbehörde wegen Beleidigung eines Beamten eingeleiteten Untersuchung wider Silberman wurde Drant als Zeuge vernommen, Anfangs uneinsichtlich, später aber bereit. Und bei dieser Vernehmung bestritt Drant, nicht blos die angebuldigten Auftrag von Silberman empfangen zu haben, sondern auch die obigen Worte auf der Post zu Bachlod überhaupt gefaßt zu haben und beschwore auch richtig diese seine Behauptung gegenüber der Aussage der drei Postbeamten. Darauf wurde Silberman wegen Beleidigung bestraft, Drant aber sofort wegen Meinedes verhaftet.

In der deswegen geführten Voruntersuchung gestand jetzt Drant zu, daß er jene Worte auf der Post gesagt, und daß ihm Silberman wirklich den Auftrag so ertheilt habe. Seine Zeugenaussage entschuldigte er damit, daß Silberman vor dem Termine ihm angewiesen habe: sage nur, ich hätte nur gesagt, Du hast wohl geschlafen, und das hättest Du falsch ausgerichtet.

Auf Grund dieses Sachverhaltes waren denn nun Drant wegen wissenschaftlichen Meinedes und Silberman wegen Verleitung dazu vor das Schwurgericht verwiesen.

Als Vertheidiger erschien für Drant Herr Rechtsanwalt Sabarth in Ratibor als Officialvertheidiger und Herr Justizrat Heide für Silberman.

Bei der öffentlichen Verhandlung erklärte sich Drant zwar für nicht schuldig, wiederholte aber thatsächlich seine obigen, in der Voruntersuchung abgegebenen Geständnisse. Der Staatsanwalt hielt deshalb die Mithilfung der Geschworenen nicht für nötig und beantragte deren Ausschließung, was der Vertheidiger bestritt und auch der Gerichtshof ablehnte, weil der thatsächlich geständige Angeklagte sich für nicht schuldig erklärte.

Die Beweisaufnahme bestätigte auch die thatsächlichen Angaben über den Vorgang auf der Post und dessen spätere eindliche Ableugnung durch den Angeklagten. Drant.

Bei solcher Sachlage war man bis zum Schlusse der Beweisverhandlungen allgemein im Saale der Erwartung, daß der Hauptverklagte Drant der Verurteilung wegen Meinedes nicht zu entziehen sei, allein die Vertheidigung änderte in der That diese Ansicht.

Der Vertheidiger, Herr Rechtsanwalt Sabarth, ließ das thatsächliche Geständnis des Angeklagten unangefochten bestehen, plauderte aber die Begriffs-unfähigkeit desselben. Er führte aus, daß Drant jedenfalls Theilnehmer der angeblich von Silberman begangenen Beleidigung sei und gesetzlich gar nicht habe vereidigt werden dürfen, daß mithin er selber, sowie Silberman an seine Vereidigung nicht glauben durften. Drant sei ja auch vor seiner Vereidigung über die diesfällige Rechtswohlthat eines Gesetzes belebt worden, über deren Unwendbarkeit und Bedeutung schon während der Beweisverhandlung ein Streit zwischen Ankläger und Vertheidiger gewesen war. Wenn über diese, der Vereidigung vorangegangene Rechtsbelehrung folgerichtig gestellt sogar unter Juristen Meinungsverschiedenheit obwaltet, so könne ein richtiges Verständniß bei dem 17jährigen Jungen nicht vorausgesetzt werden; Lechterer sei durch die heutige Verhandlung als ein so ungewöhnlich guter Junge dargethan, der seinen Dienstlohn bis zum letzten Penny an seine armen Eltern abgegeben hat, daß man ihm den bewußten Willen zu einer Schlechtigkeit, wie Meinide, nicht füglich zutrauen dürfe. Die jetzt von ihm als einziges Motiv behauptete Neuerung des ic. Silberman könne als willkürliche Verleitung zum Meinide nicht gelten; es bleibe nur die Annahme übrig, daß der 17jährige Drant, der hinter seinen Jahren zurückgeblieben, die zur Kenntnis der vollen Strafbarkeit seines Handels erforderliche Einsicht nicht gehabt habe, in welchem Falle derselbe nach dem Vertheidiger verlesenen Gesetze freigesprochen werden müßt.

Trotz dem energetischen Widerpruch des Staatsanwalts und der damit übereinstimmenden Wahrung

50 Pf. I. Wien, Amerikan. Gold-Dollar-Bonds 4,16 bez., do. Prioritäten 4,16 bez., do. Papier-Dollars 4,16 bez., 6% New-York-City 4,16 bez., Russ. Central-Boden min. — Pf. Paris, do. Papier und derl. min. 75 Pf. I. Pet. Poln. Papier u. derl. min. 75 Pf. Warschau, Russ.-Engl. con-verl. bez., Russ. Zoll 20,57—53 Br., 22er Russen —, —, Große Russ. Staatsbahn —, —, bez., Russ. Boden-Credit —, —, bez., Warschau-Biene Comm. —, —, bez., 8% Rumänische Div. Sch. p. 78 —, —, bez., Warschau-Terespol —, —, bez., 3% und 5% Lombard min. — Pf. Paris, Diverse in Paris zahlbar min. — Pf. Paris, Holländische min. — Pf. Amsterdam, Schweizer minus — Pf. Paris, Belgische minus — Pf. Brüssel, Berl. Lstr. Obligat. 20,36 bez.

## Berliner Börse vom 24. Januar 1879.

### Fonds- und Geld-Course.

	Wechsel-Course.
Deutsche Reichs-Anleihe	95,20 bz
Consolidierte Anleihe	104,50 bz
do. do. 1878	95,25 bz
Staats-Anleihe	95,10 G
Staats-Schuldsscheine	91,50 B
Präm.-Anleihe v. 1853	146,10 bzG
Berliner Stadt-Oblig.	101,75 bzG
Pommersche	84,25 bzG
do. do. 4,95 bzG	
do. do. 102,00 bz	
do. Lndsch.Crd. 4,95 bzG	
Posensche neue	95,25 bzG
Schlesische	87,00 G
Landschaftl. Central	94,80 bz
Kur. u. Neumärk.	96,00 bz
Pommersche	95,90 B
Posensche	95,50 bz
Preussische	95,50 G
Westfäl. u. Rhein.	95,30 B
Sachsenische	97,00 P
Schlesische	97,75 bzB
Badische Präm.-Anl.	122,00 G
Bayerische 40% Anleihe	124,18 bzG
Cöln-Mind. Prämiesche	116,40 bzG
Sächs. Rente von 1876	72,75 G
Kurh. 40 Thaler-Loose	243,25 bz
Badische 35 FL-Loose	148,50 bz
Eraunachw. Präm.-Anleihe S.250 B	
Oldenburger Loose	140,25 G

### Hypotheken-Certificate.

Kräpische Partail-Ob.	108,50 bz
Unk. d. Pr.Hyp.-E. 4,1/2	93,50 G
do. do. 5	102,00 bzG
Deutsche Hyp.-Pfb. 4,1/2	94,50 G
do. do. 5	100,75 bzG
Kündb. Cent.-Bod.-Cr. 4,1/2	102,00 bz
Unk. do. (1872)	102,00 bz
de. rückz. 110	105 108,00 bz
do. do. do. 4,1/2	98,75 bz
Unk. H. d. Pr.-Bd.-Crd. 5	—
do. III. Em. do. 5	100,50 bzG
Kündb. Hyp.Schuld. do. 5	160,00 bz
Hyp.-Anth. Nord.-G.C. 5	93,00 G
do. do. Pfandb.	92,75 G
Roman. Hyp.-Briefe	95,75 B
do. do. II. Em.	86,75 bz
Goth. Präm.-Pf. I. Em.	103,10 bz
do. do. II. Em. 5	103,50 bzG
do. 50% Pr.kzgl.bm. 110	99,90 bz
do. 4,1/2 do. do. m. 110 4,1/2	92,75 bz
Meiningen Präm.-Pfd. 4	108,50 bz
Pfd.b. Oest.-Bd.-Cr. 5	95,50 B
Schles. Bodenr. Pfd. 5	99,50 bz
do. do. 4,1/2	95,25 G
Südd. Bod.-Cred.-Pfd. 5	103,00 G
do. do. 4,1/2 90% 4,1/2	98,70 G

### Ausländische Fonds.

Oest. Silber-B. (1,1/2-4,1/2)	54,49 bz
do. 1,1/2-10%	54,30 bzG
de. Goldrente	63,30 bz
do. Papierrente	52,90 bz
do. 54er Präm.-Anl.	100 bz
do. Lott.-Anl. v. 62	109,40 bz
do. Credit-Loose	22,19 bz
do. 64er Loose	235,75 B
Bass. Präm.-Anl. V. 6,1/2	140,10 bz
do. do. 1866 5	140,10 bzG
do. Orient-Anl. V. 1877	55,90 bz
do. H. do. v. 1878 5	55,80 bz
do. Bod.-Cred.-Pfd. 5	73,80 bzG
do. Cent.-Bd.-Cr. Pfd. 5	77 bz
do. Goldrente	63,30 bz
do. Papierrente	52,90 bz
do. 54er Präm.-Anl.	100 bz
do. Lott.-Anl. v. 62	109,40 bz
do. Credit-Loose	22,19 bz
do. 64er Loose	235,75 B
do. 50% Präm.-Anl. 5	150,00 bz
do. do. 1886 5	150,00 bz
do. 50% Anleihe	123,10-20 bz
do. Ital. 50% Anleihe	74,75 bz
do. Ital. Tabak-Oblig.	102,50 bz
Raab-Grazer 100 Thir.L	71,00 bz
Rumänische Anleihe	104,60 bz
Türkische Anleihe	11,30 bzG
Ungar. Goldrente	6 15,70 bz
do. Loose (M. P. St.)	150,00 bz
Ung. 50% Elsbn.-Anl. 5	73,90 bz
do. Schatzanw. 6	—
do. II. Abth. 6	101,90 bz
Schwedische 10 Thlr.-Loose	—
Finnische 10 Thlr.-Loose	33,70 B
Türken-Loose	35,60 B

### Eisenbahn-Prioritäts-Aktionen.

Berg.-Mark. Serie II. 4,1/2	160,75 G
II. v. St. 31/2	85,60 bz
do. VI. 4,1/2	100,75 bz
do. Hess. Nordbahn	104,00 B
Berlin-Görlitz	5 102,25 bz
do.	89,90 bz
do. Lit. C.	102,25 bz
Bresl.-Freib.	84,38 bzG
do. Lit. G.	92,25 G
do. do. H. 4,1/2	95,80 bz
do. do. J. 4,1/2	95,25 bzG
do. do. K. 4,1/2	95,10 bzG
do. von 1876 5	102,16 G
Cöln-Minden-Lit. A. 4	93,25 G
do. . IV. 4,1/2	101,25 bz
do. . V. 4	94,49 bzG
do. von 1869 5	101,10 bzG
do. von 1873 4	92,20 B
do. von 1874 5	100,25 bzG
do. Brieg.-Neisse 4,1/2	—
do. Cosel-Oderb.	75,15 G
do. do. 5	103,50 G
do. Stargard.-Posen 4	—
do. do. II. Em. 4,1/2	—
do. do. III. Em. 4,1/2	—
do. Niedschi.Zwgb.	—
Ostpreuss. Südbahn	99,50 G
Rechte-Oder-Uer.-B.	100,50 bz
Böhmis. Eisenbahn	—
Dux-Bodenbach	65,40 bz
do. Emission 5	57,20 bz
Prag-Dux	19,75 G
Gal. Carl-Ludw.-Bahn	86,40 G
do. do. neue 5	85,60 G
Kaschau-Oderberg	59,10 bzG
Ung. Nordostbahn	57,25 bzG
Ung. Ostbah.	53,60 bz
Lemberg-Czernowitz	65,50 bz
do. do. II. 5	67,50 G
do. do. III. 5	61,90 bzG
do. do. IV. 5	57,60 B
Mährisch. Grenzbahn	52,30 G
Mähr.-Schl. Centralb.	18,75 G
do. II. fr.	—
Kronpr. Rudolf-Bahn	64,50 bzG
Öster.-Französische	345,68 G
do. II. 5	354,00 G
do. südl. Staatsbahn	236,75 bzG
do. neue 3	236,75 bzG
Obligationen	83,70 bzG
Eumann. Eisenb.-Oblig.	82,75 bzG
Warschau Wien II. 5	97,60 G
do. III. 5	94,80 bz
IV. 5	84,30 bz
V. 5	81,00 bz

### In Liquidation.

Berliner Bank	fr. 4,00 G
Berl. Bankverein	fr. 27 G
Berl. Wechsler-B.	fr. —
Berl. Handels-Ges.	fr. 46,00 G
Berl. Prd.-u.Hds.-E.	fr. 66,00 etbG
Braunschwe. Bank	fr. 79,00 bzB
Bresl. Disc.-Bank	fr. 65,30 G
Bresl. Wechselb.	fr. 71,00 B
Coburg Cred.-Bnk.	fr. 63,00 bz
Danziger Priv.-Bk.	fr. 105,50 G
Darmst. Creditb.	fr. 113,25 bz
Darmst. Zettelb.	fr. 100,60 G
Deutsche Man.	fr. 97,60 bz
do. Reichsbank	fr. 151,40 bz
do. Hyp.-B. Berlin	fr. 53,00 B
Disc.-Comm.-Anth.	fr. 125,25 bz
do. lit. v. 1877	126,00-124,75
Genossensch.-Bnk.	fr. 89,75 bzG
do. junge	fr. 95,60 bzG
Goth. Grundcredb.	fr. 83,75 G
do. jungo	fr. 93,75 bzG
Hamb. Vereins-B.	fr. 101,75 bz
Hannov. Bank ..	fr. 82,50 etb
Königsb. Ver.-Bnk.	fr. 107,50 bzB
Lindb.-Wklikec.	fr. 105,00 bzG
Leipz. Cred.-Anst.	fr. 105,00 bzG
Luxemburg. Bank	fr. 100,00 bzG
Magdebur. do. 5/10	fr. 107,00 G
Meininger do.	fr. 72,50 bz
Nord. Bank ..	fr. 134,75 bzG
Nord. Grundr.-B.	fr. 50,00 bzG
Oesterl. Assek.	fr. 387,40-304,20
Oest. Cred.-Action	fr. 162,25 G
Posener Pro. Bank	fr. 71,70 bz
Pr. Bod.-Cr.-Act. B.	fr. 106,75 bz
Pr. Cent.-Bd.-Ord.	fr. 101,75 etbB
Sächs. Bank ..	fr. 85,30 G
Schl. Vereinsbank	fr. 32,50 G
Wiemar. Bank ..	fr. 122,00 B

### Industrie-Papiere.

Berl. Eisenb.-Ad.	fr. 6,90 bzG
D. Eisenbahn-G.	fr. 68,70 bzG
do. Reichs-u.C.-B.	fr. 24,00 bz
Märk. Schl. Masch.G.	fr. 46 G
Nord. Gunnitab.	fr. 0,40 G
Westend. Com.-G.	fr. —
Pr. Hyp.-Vera.-Act.	fr. 80,60 bzG
Schles. Feuervers.	fr. 890 B
Donners	